



Personalrat

Magdeburg oder Halle?

Sein, oder Nichtsein – das bleibt am Ende die Frage.

Was kann sich unser Bundesland leisten? Mit dieser Frage quält unser Finanzminister derzeit jeden seiner Gesprächspartner. In dieser Beziehung ist er konsequent und bemerkenswert ausdauernd.

In seinem im Juni 2009 heiß diskutierten Strategiepapier zur Finanzpolitik in Sachsen-Anhalt vertrat er hinsichtlich der Entwicklung der Universitätsklinika ganz offen die Auffassung, dass sich das Land ein Beispiel an Hessen nehmen solle und zu prüfen sei, ob nicht durch Verträge private Investoren verpflichtet werden können, sowohl Forschungsmittel für die medizinischen Fakultäten als auch die Investitionskosten für die Universitätskliniken zu übernehmen. Die folgende Diskussion löste damals einen handfesten Koalitionskrach und einen öffentlichen Schlagabtausch innerhalb der Landes-SPD aus. Am Ende stand die SPD zu ihrer Aussage im Koalitionsvertrag: keine Privatisierung der Uniklinika.

Infolge der selbst auferlegten Schuldenbremse und der daraus in den kommenden Jahren resultierenden Mindereinnahmen des Landes facht der Finanzminister die alte Diskussion um die Finanzierung der Hochschulmedizin nun erneut an. Inzwischen ist das Thema Privatisierung der Uniklinika aber mehr oder weniger vom Tisch. Die desaströsen Erfahrungen aus Gießen-Marburg haben anscheinend selbst in der Landesregierung Zweifel aufkommen lassen, ob der 2009 von Finanzminister Bullerjahn noch als Mittel der Wahl gepriesene Hessische Weg wirklich eine Chance und für das Land am Ende preiswerter ist. Die Rhön AG überzieht das Land Hessen inzwischen mit erheblichen finanziellen Forderungen für die Beteiligung an den Investitionskosten – von der vollständigen Finanzierung der studentischen Lehre und der Forschung einmal abgesehen. Darüber hinaus ist die Fluktuation der Beschäftigten an keinem deutschen Universitätsklinikum größer, als in Gießen-Marburg.

Bei einem Symposium zum Thema Entwicklung der Hochschulmedizin in Sachsen-Anhalt gab im Dezember letzten Jahres dann auch ein hochrangiger Vertreter einer führenden deutschen Klinikette ganz unumwunden zu, dass sein Unternehmen kein Interesse an Forschung und Forschungsfinanzierung hat. Ebenso würden die Investitionskosten nicht gänzlich durch private Investoren getragen werden, denn eine Übernahme der Betriebsführung erfolge nur, wenn sie profitabel (!) erscheint. – Unsere Landesregierung musste insofern zur Kenntnis nehmen, dass kein „Weißer Ritter“ erscheint, der nur aus Liebe zum Land (bzw. seiner Regierung) in die Bresche springt.

Nun werden zwei neue Varianten ins Spiel gebracht: die Schließung einer Fakultät oder ein „Zusammenschrumpfen“ der Fakultäten von Halle und Magdeburg. Nach Vorstellung der Landesregierung soll dies mit einer Halbierung der Studentenzahlen einhergehen. Derzeit verlassen beide Uniklinika in Sachsen-Anhalt jährlich ca. 400 Absolventen. Nicht einmal die Hälfte von ihnen bleibt in Sachsen-Anhalt. Andererseits werden zur Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung im Land (mit einer zunehmend älteren Bevölkerung) jährlich ca. 180 neue Ärztinnen und Ärzte gebraucht. Eine ausreichende ärztliche Versorgung der Bevölkerung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, die das Land sicherstellen muss. Wie will es dieser verfassungsrechtlichen Verpflichtung nachkommen, wenn es zeitgleich die Zahl der Medizinstudenten halbiert? Mit einer verpflichtenden Studienlenkung wie im DDR-Sozialismus? – Dann muss diese Landesregierung zuvor aber das Grundgesetz und zahlreiche andere Bundesgesetze ändern, die die Berufsfreiheit und die Freiheit zum Aufenthaltsrecht regeln. Das dürfte auf Grund fehlender Zuständigkeit etwas dauern.

Ein rein formaler Zusammenschluss beider Medizinischen Fakultäten in Halle und Magdeburg bringt kaum tatsächliche finanzielle Einspareffekte. Das belegen die Erfahrungen aus Schleswig-Holstein. Und daran, dass Studenten dann zwischen Halle und Magdeburg pendeln, um zu ihren Vorlesungen und Seminaren zu kommen, weil bestimmte Institute und Kliniken nur noch einmal im Land vorhanden sind, glaubt wohl niemand ernsthaft.

Vor diesem Hintergrund müssen wir die Diskussion um die Schließung einer Fakultät ernst nehmen. Die mittelalterliche Methode der Folter – durch finanzielle Daumenschrauben – ist die Antwort der Politik auf die vor den Universitätskliniken stehenden Probleme. Das lässt sich wohl kaum als innovativ bezeichnen. Die Landesregierung schürt gezielt existenzielle Ängste in den Unikliniken in der Hoffnung, dass diese sich selbst weiter geißeln und somit Einsparpotentiale freierwerden. Doch die Grenzen der Einsparmöglichkeiten sind erreicht. Beide Häuser leben bereits von ihren Rücklagen. Die Finanzierung der Medizinischen Fakultäten durch das Land ist längst nicht mehr auskömmlich und kann nur noch durch Subventionen aus der A.ö.R. sichergestellt werden.

Das derzeitige Krankenhausfinanzierungssystem benachteiligt insbesondere die Universitätskliniken und führt zu einer „Industrialisierung“ der Krankenversorgung über gesteuerte und permanent zu optimierende Prozessabläufe, in denen leider nicht mehr der Patient im Mittelpunkt steht, sondern das Betriebsergebnis. Die notwendige zeitliche Zuwendung der Ärzte und Pflegekräfte gegenüber unseren Patienten genügt unserem eigenen Anspruch bereits jetzt nur noch selten. Dies führt zu erheblichen Risiken für die Patienten und zu massiven körperlichen und seelischen Belastungen für die Beschäftigten. Die rund 1.200 Überlastungsanzeigen, die den Personalrat seit dem August letzten Jahres erreichten, sind vielfach an Dramatik kaum noch zu überbieten.

Will die Landesregierung diese Rahmenbedingungen noch weiter verschärfen, weil sie sich dem Diktat eines Finanzhaushalts gegenüber mehr verpflichtet fühlt, als der Gesundheit der Patienten und Beschäftigten in den Universitätskliniken?

In der Klausurtagung am 30. und 31. Mai 2013 will die Landesregierung den Landeshaushalt verabschieden. In dieser Sitzung geht es nur ums Geld. Das ist so schön unpersönlich und rational. Da fällt das Handaufheben leicht – es fehlen die Bilder im Kopf, die dieses Handaufheben zur Folge hat.

Es wird Zeit, dass wir die uns Regierenden mal „ordentlich auf den Pott setzen“.



Markus Schulze
(Vorsitzender)

April 2013